



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

DER POLNISCHE ARBEITSMARKT

- ANALYSE
Die Herausforderungen des polnischen Arbeitsmarktes
Von Irena Wóycicka, Warschau 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN
Zum polnischen Arbeitsmarkt 6

- CHRONIK
Vom 03. bis zum 16. April 2007 11

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München für ihre Unterstützung.

Analyse

Die Herausforderungen des polnischen Arbeitsmarktes

Von Irena Wóycicka, Warschau

Zusammenfassung

Nach der wirtschaftlichen Stagnation in den Jahren 1999 bis 2002, die von einer Verminderung der Beschäftigung und einem Anstieg der Arbeitslosenquote gekennzeichnet war, stellte sich eine Phase der wirtschaftlichen Belebung ein. Diese hat mit einiger Verzögerung eine Umkehr der negativen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge: 2006 war das erste Jahr, in dem eine sichtbare Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt eintrat, d.h. ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit und ein Anstieg der Beschäftigung.

Trotz dieser bedeutenden Verbesserungen des letzten Jahres ist die Situation auf dem polnischen Arbeitsmarkt weiterhin schwierig. Über 2 Mio. Polen sind immer noch arbeitslos. Nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ist erwerbstätig. Darüber hinaus stellt auch die geringe berufliche Aktivität ein Problem dar. Eine grundlegende und anhaltende Verbesserung der Arbeitsmarktindikatoren ist nur dann möglich, wenn die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit und der niedrigen Beschäftigungsquote beseitigt werden. Damit könnten auch den negativen Tendenzen, die mit dem Prozess der Alterung der Gesellschaft verbunden sind, entgegengewirkt sowie das Ausmaß der Armut reduziert werden.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit

O**bg**leich dank der guten wirtschaftlichen Konjunktur die Arbeitslosenquote von fast 20 % im Jahr 2002 auf 14 % im Jahr 2006 gefallen ist, bleibt die Arbeitslosigkeit weiterhin das größte gesellschaftliche Problem Polens. Selbst wenn man den Hinweis mancher Wirtschaftsexperten berücksichtigt, dass ca. ein Viertel der polnischen Arbeitslosen gar keine Arbeit sucht, bleibt Polen, neben der Slowakei, leider bei seiner Spitzenposition, was die Arbeitslosenquote in den Ländern der Europäischen Union betrifft.

Warum hält sich trotz des schnellen Wirtschaftswachstums, das seit 2003 anhält und im Jahr 2006 nach ersten Schätzungen 5,8 % erreichte, die Arbeitslosigkeit in Polen weiterhin auf hohem Niveau?

Die Mehrheit der Experten stimmt darin überein, dass die Arbeitslosigkeit nur zu einem geringen Teil konjunkturellen Ursachen entspringt. Sicherlich trug zu ihrer Höhe das steigende Arbeitskräfteangebot bei, das mit dem demografischen Hoch der Anfang der 1980er Jahre Geborenen auf den Arbeitsmarkt drängte (in den Jahren 1999 – 2005 stieg die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter um 1,4 Mio. an). Dennoch ist die Ursache der Arbeitslosigkeit in Polen hauptsächlich auf strukturelle Faktoren zurückzuführen. Schätzungen zufolge sind diese für ca. 4/5 der polnischen Arbeitslosigkeit verantwortlich. Zu ihnen zählen v.a. die hohen Lohnnebenkosten, eine nicht den Erfordernissen des Arbeitsmarktes entsprechende Ausbildung, die beschränkte Mobilität der Arbeitnehmer und die Mängel der Institutionen, die dem Arbeitsmarkt zuarbeiten.

Die hohen Lohnnebenkosten

Die Arbeitskosten in Polen machen zwar nur ein Viertel des Durchschnitts der Europäischen Union aus, – dies ist v.a. auf die niedrigen Nettolöhne zurückzuführen –, aber der Aufschlag auf diese ist sehr hoch. Die Lohnnebenkosten schätzt die OECD in Polen für das Jahr 2006 auf 43,7 %. Damit steht Polen auf dem 10. Platz auf einer Skala von 30 Ländern der OECD – noch vor Ländern wie Dänemark, Luxemburg, Großbritannien, Spanien, Portugal, Griechenland, Tschechien und Norwegen. Die hohen Lohnnebenkosten verdankt Polen den hohen Sozialversicherungskosten. Der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil beträgt laut OECD 38,4 % des durchschnittlichen Nettolohns. Unter den 30 OECD-Ländern ist dieser somit am höchsten.

Die hohen Lohnnebenkosten hemmen nicht nur die Entstehung neuer Arbeitsplätze, sondern begünstigen auch die Entwicklung einer „Grauzone“. Nach einem vom Statistischen Hauptamt veröffentlichten Bericht zum Thema illegaler Arbeit in Polen arbeitet fast jeder zehnte Pole schwarz. Im Bereich der Schwarzarbeit sind somit über 1,3 Mio. Menschen tätig.

Die hohen Abgaben erklären sich aus der Beschaffenheit des polnischen Sozialversicherungssystems, in dem – ähnlich wie in vielen anderen Ländern Kontinentaleuropas – Sozialversicherungen dominiert werden, die aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteilen finanziert werden. Allerdings sind die extrem hohen Beiträge das Ergebnis der liberalen Vorschriften für den Eintritt in den Vorruhestand. Polen ist bis jetzt noch nicht mit den weitreichenden Privilegien des

Vorruhestands fertig geworden, die General Wojciech Jaruzelski im Kriegszustand gesellschaftlichen Gruppen, die aus der Perspektive des kommunistischen Regimes wichtig waren, zugesprochen hatte, wie z.B. Berufssoldaten, Polizisten, Lehrern, Journalisten, Bergleuten und Eisenbahnern. Darüber hinaus begründen sich die hohen Sozialversicherungskosten auch durch die Kosten der Invalidenrente, von der im Vergleich zu den OECD-Ländern in Polen der höchste prozentuale Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter profitiert. Die von der gegenwärtigen Regierung geplanten Reduzierungen des Beitrags zur Invalidenrentenversicherung auf ca. ein Viertel wäre mit Sicherheit ein richtiger Schritt. Er könnte sich jedoch als nicht nachhaltig erweisen, wenn dies nicht mit Veränderungen verknüpft ist, die eine Kostenreduktion für die Sozialversicherungen nach sich ziehen.

Die unzuweckmäßige Ausbildung

Ein niedriges Ausbildungsniveau und eine mangelhafte Berufsvorbereitung auf Arbeitsfelder, die gegenwärtig nachgefragt werden, sind die Hauptursachen für die strukturelle Arbeitslosigkeit. Es fällt nicht schwer nachzuvollziehen, dass viele Polen mit den gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen nicht Schritt halten konnten, die als Ergebnis zweier sich überlagernder Prozesse eintraten: der Transformation und der Globalisierungsprozesse in der Wirtschaft. Dies betrifft v.a. die ältere Generation, die ihre Ausbildung und berufliche Kompetenz noch im sozialistischen Wirtschaftssystem erworben hat. Der regelrechte Ausbildungsboom, der in Polen in der Phase der Transformation eintrat, reichte nicht aus, um die Arbeitnehmer angemessen auf die schnell sich verändernde Wirtschaft vorzubereiten. Die Probleme, dass die Ausbildungsbereiche und die Qualität der Ausbildung nicht an die Bedürfnisse des Marktes angepasst worden sind, sind nun in aller Schärfe sichtbar.

Die Quote der Hochschulstudenten stieg von 8 % in den letzten Jahren der Volksrepublik auf gegenwärtig fast 55 % bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 19 bis 24 Jahren. Problematisch ist somit weniger das Ausbildungsniveau als vielmehr die Qualität des Abschlusses. Trotz vieler guter Schulen und Hochschulen ist das polnische Ausbildungssystem von einer im Durchschnitt niedrigen Ausbildungsqualität und von großen Unterschieden gekennzeichnet. Die internationale PISA-Studie von 2003 hat gezeigt, dass die 1999 durchgeführte Ausbildungsreform zwar eine gewisse Verbesserung brachte, dass Polen jedoch immer noch den niedrigen 21. Platz hinter Deutschland und Luxemburg belegt.

Im Hochschulwesen trat in der Transformationsphase eine stürmische Entwicklung ein, v.a. in

Form eines kostenpflichtigen Ausbildungszweigs sowohl an den staatlichen Hochschulen als auch an den zahlreich entstandenen Privathochschulen. Häufig jedoch entsprechen die Qualität der Studiengänge und die angebotenen Studienrichtungen (es dominieren pädagogische Studiengänge sowie Verwaltung und Marketing) nicht den Bedürfnissen des Marktes. Angesichts der sich schnell ändernden wirtschaftlichen Strukturen und Technologien ist ein weiteres ernstes Problem die geringe Teilnahme an Fortbildungen. Vornehmlich sehr gut ausgebildete junge Menschen nehmen Weiterbildungen wahr; dagegen sind geringer Qualifizierte oder Personen mit überholten beruflichen Kompetenzen selten motiviert, eine Fortbildung aufzunehmen, oder sie ist ihnen nicht zugänglich.

Die eingeschränkte Mobilität der Arbeitnehmer und die Institutionen des Arbeitsmarktes

Die eingeschränkte Mobilität der Arbeitnehmer ist das Ergebnis eines zivilisatorischen Rückstands, der noch aus der Zeit des Kommunismus herrührt. Wohnungsmangel, hohe Mieten und lange Anfahrtswege zum Arbeitsplatz sind zweifellos ein Hindernis für die Arbeitnehmer, dorthin zu ziehen, wo sie Arbeit finden können, und erschweren so den Weg zur Arbeit. Die logistischen Probleme sollten in großem Umfang dank der geplanten Investitionen aus den Europäischen Strukturfonds gelöst werden können. Es fehlt aber eine Lösung, die eine schnelle Entwicklung im Wohnungsbau – v.a. für Mietwohnungen – ermöglicht, so dass dieses wesentliche Problem bestehen bleibt.

Im Vergleich mit anderen OECD-Staaten ist der polnische Arbeitsmarkt relativ elastisch. Die Reformen, die Anfang 2000 im Arbeitsrecht vorgenommen wurden, führen die Arbeitsmarktregulierungen, die eine hemmende Wirkung hatten, deutlich zurück. Die schwachen Gewerkschaften und die hohe Arbeitslosigkeit sind außerdem Faktoren, die es den Arbeitgebern erleichtern, die Beschäftigung den Bedürfnissen der Industrie anzupassen – häufig zum Schaden der Arbeitnehmer.

Die Arbeitsämter, die Anfang der 1990er Jahre entstanden sind, haben bislang noch keine hohe Wirksamkeit entfaltet, was u.a. mit der nicht fachgerechten Ausbildung der Mitarbeiter und ihrem häufigen Wechsel sowie den unzureichenden finanziellen Mitteln verbunden war. Die Reformen, die 2004 eingeführt wurden, brachten eine gewisse Verbesserung mit sich. Auch dank der Unterstützung durch den Europäischen Sozialfonds wurden die bisher sehr geringen Möglichkeiten, Programme für Arbeitslose und Arbeitssuchende zu finanzieren, erweitert.

Die gesellschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit wird hinsichtlich ihrer sozialen Konsequenzen als die größte Herausforderung des polnischen Arbeitsmarkts betrachtet. Große Probleme ergeben sich aus der Tatsache, dass Arbeitslosigkeit vor allem junge Menschen betrifft. Zwar nimmt sie unter Berufsanfängern schneller ab als in anderen Altersgruppen, sie ist dort aber immer noch zweimal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Dies verzögert den Eintritt junger Menschen in die Selbständigkeit und die Familiengründung und entwertet die in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse. Sie ist wahrscheinlich auch eine der Ursachen für die Emigration in andere EU-Mitgliedstaaten. Wenn auch das Ausmaß der Emigration in die EU-Länder nicht groß ist (2005 betrug die Zahl der Emigranten nach Schätzungen 800.000 – 900.000), so sind es doch hauptsächlich junge Menschen, die sich dafür entscheiden.

Das geringste Risiko, arbeitslos zu werden, besteht bei älteren Menschen über 45 Jahren. Jedoch haben diejenigen, die in dieser Altersgruppe ihre Arbeit verlieren, nur noch wenig Chancen, ins Erwerbsleben zurückzukehren. Dies hat eine starke Deaktivierung älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge und ist der Grund für die hohen Kosten an Sozialleistungen, die Menschen im fortgeschrittenen Erwerbsalter gezahlt werden.

Sowohl das Risiko der Arbeitslosigkeit als auch ihre Dauer hängen von dem Ausbildungsgrad ab. Am häufigsten und längsten sind gering Qualifizierte arbeitslos. Arbeitslosigkeit und eine Ausbildung auf niedrigem Niveau gehören zu den Hauptfaktoren (neben einer großen Zahl unterhaltspflichtiger Kinder), die in Polen in die Armut führen. Im Ergebnis sind gerade junge Familien von Armut bedroht, die hier mit dem hohen Risiko der Arbeitslosigkeit und dem Unterhalt von Kindern verbunden ist. Trotz aller Sozialtransfers (ca. 18 % des Bruttosozialprodukts) ist das Ausmaß der Armut in Polen groß und beträgt laut vergleichender Daten von Eurostat 21 % (2005).

Ausgeprägte berufliche Passivität und geringe Beschäftigungsrate

Obwohl sich die Aufmerksamkeit der Politiker und der Öffentlichkeit auf die hohe Erwerbslosigkeit und ihre Folgen konzentriert, ist das wichtigste Problem auf längere Sicht die geringe Beschäftigung und die ausgeprägte berufliche Passivität. Sogar wenn es gelänge, die Arbeitslosigkeit vollständig zu beheben, bliebe das Beschäftigungsniveau in Polen weit hinter den Strukturindikatoren der Lissabon-Strategie zurück. Unterdessen wird als Ergebnis des Alterungsprozesses der Bevölkerung schon ab 2010 ein syste-

matischer Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung einsetzen, und ab 2015 werden die zahlenstarken Jahrgänge des demografischen Hochs in Rente gehen. Wenn es also nicht gelingt, die Hindernisse, die die niedrige berufliche Aktivität der Bevölkerung verursachen, zu überwinden, werden sowohl die Wirtschaft als auch das Sozialsystem mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, die in der abnehmenden Erwerbstätigkeit und der steigenden Anzahl der beruflich Inaktiven begründet sein werden.

Das größte Problem ist das niedrige Durchschnittsalter derer, die die Erwerbstätigkeit beenden. Polnische Arbeitnehmer hören gern früher auf zu arbeiten und nutzen die Möglichkeiten des Vorruhestands oder anderer Leistungen, die die Lohneinkünfte ersetzen. Viele vermeiden es auf diese Weise, arbeitslos zu werden, andere sind nach vielen Jahren Tätigkeit in den kommunistischen Betrieben unter schwierigen Bedingungen erschöpft und krank. 2005 arbeiteten nur 36 % der Männer und 20 % der Frauen zwischen 55 und 64 Jahren. Die gute wirtschaftliche Konjunktur und der Beschäftigungsanstieg brachten zwar eine Verbesserung für die Beschäftigung älterer Menschen, aber Polen bleibt in dieser Hinsicht weiterhin am Ende der Skala der EU-Länder.

Die vorzeitige Beendigung des Berufslebens war in der Zeit der Transformation ein Faktor, der die schnelle Restrukturierung und Erneuerung der polnischen Wirtschaft erleichterte. Gewöhnlich verlassen den Arbeitsmarkt diejenigen vorzeitig, die eine in der Regel geringe Qualifikation aufweisen und schlecht auf eine Tätigkeit unter den Bedingungen von Konkurrenz vorbereitet sind. Jedoch sind die Kosten dieser Politik entschieden zu hoch: 4 % des Bruttosozialprodukts werden älteren Erwerbstätigen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, in Form von Sozialleistungen anstelle des Einkommens gezahlt. Obwohl die Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt Reformen in diesem Bereich begünstigt, können sich die Politiker unter dem Druck der Gewerkschaften nicht dazu durchringen, die Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestands aufzuheben, was die Rentenreform aber schon seit Anfang 2007 angekündigt hat.

Für den geringen Beschäftigungsgrad von Menschen mit Behinderungen – weniger als 20 % von ihnen arbeiten – gibt es viele Gründe, wie die geringe Berufsausbildung, die teilweise noch aus dem alten System herrührt, das Fehlen eines funktionierenden gesundheitlichen Rehabilitationssystems sowie eine schwache Politik zur Aktivierung der Betroffenen. Der neueste OECD-Bericht unterstreicht, dass die polnische Politik gegenüber Menschen mit

Behinderungen unausgereift ist: Das recht freigebige Sozialversicherungssystem wird nicht von einer Politik der Aktivierung begleitet. Hinsichtlich der Anzahl derer, die eine anerkannte Behinderung in Form eines Behindertenausweises nachweisen können, ist Polen neben Norwegen das „kränkste“ Land in Europa.

Die niedrige Beschäftigungsquote unter den Frauen in Polen ist vor allem das Ergebnis der Schwierigkeiten, die entstehen, wenn Frauen einen Beruf und ihre Betreuungspflichten miteinander vereinbaren wollen. Fehlende Betreuungsinstitutionen (Krippen, Vorschulen, Horte, Pflegedienste für erwachsene Bedürftige etc.) verursachen, dass polnische Familien übermäßig von Betreuungspflichten belastet werden. Dies sowie die vorherrschende traditionelle Rollenverteilung in der Familie haben zur Folge, dass Frauen aufgrund der Kindererziehung auf die Berufstätigkeit verzichten und anschließend auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, wenn sie auf den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen. Das unlängst bekannt gegebene Regierungsprogramm zur Familienpolitik berücksichtigt diese Aspekte und schlägt Maßnahmen vor, die das Problem von Familien, familiäre und berufliche Verpflichtungen

miteinander zu vereinbaren, abmildern sollen. Obgleich diese Vorschläge, wie sich abzeichnet, nicht ausreichen, ist die Einführung des Programms ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung.

Schlussbemerkungen

Dank der guten Konjunktur und der Überwindung mancher institutioneller Schwächen konnte die Arbeitslosigkeit merklich reduziert werden. Es bleibt jedoch schwierig, die positiven Tendenzen zu festigen und zu vertiefen, was erfordern würde, die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Auf längere Sicht ist das Fehlen einer Beschäftigungspolitik das grundlegende Problem. Die gute wirtschaftliche Konjunktur und die Gelder aus den Strukturfonds der Europäischen Union schaffen außergewöhnlich gute Bedingungen, um tief greifende Reformen vorzunehmen. Es scheint allerdings, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit den Politikern erlaubt, die Notwendigkeit zu vergessen, dass zwar schwierige, aber unabdingbare Reformen durchgeführt werden müssen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin:

Irena Wóycicka, Wirtschaftsexpertin und Sozialpolitikerin. Leiterin des Bereichs Gesellschaftsstudien im Institut für marktwirtschaftliche Untersuchungen, Danzig und Warschau, sowie Koordinatorin des Forums für Beschäftigung und Sozialpolitik des Polnischen Forums der Lissabon-Strategie. U.a. beschäftigt sie sich mit der Problematik des Sozialversicherungssystems und der Armut sowie mit Untersuchungen zu den Bedingungen für die Berufstätigkeit von Frauen und älteren Menschen. Darüber hinaus ist sie als Expertin der Internationalen Arbeitsorganisation und als unabhängige Expertin für den Bereich Soziale Inklusion der Europäischen Kommission tätig. Von 1991 – 1993 stellv. Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik.

Tabellen und Grafiken
Zum polnischen Arbeitsmarkt
Das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen nach Arbeitgebern

	2000 in Złoty	2003 in Złoty	2004 in Złoty
insgesamt	1893,74	2185,02	2273,44
Öffentlicher Sektor	2065,62	2422,57	2553,71
Darin:			
Staatl. Arbeitgeber	2239,28	2710,30	2896,02
Arbeitgeber im Bereich der territorialen Selbstverwaltung	1777,86	2080,51	2175,86
Privater Sektor	1760,07	2023,67	2092,16
Darin:			
Private polnische Arbeitgeber	1520,03	1712,39	1759,32
Zusammenschlüsse privater polnischer Arbeitgeber	1553,72	1809,57	1905,74
Private ausländische Arbeitgeber	2728,99	3079,37	3137,76

Ann.: 100 Złoty entsprechen 26,32 Euro (Stand: 16.04.2007).

Quelle: Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2005: Wynagrodzenia. Przeciętne miesięczne wynagrodzenia brutto według sektorów własności. [Statistisches Hauptamt: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2005: Das Einkommen. Das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen nach Arbeitgebern.]

Das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen nach Branchen

	2000 in Złoty	2003 in Złoty	2004 in Złoty	2004 in Złoty (ohne Sonderzahlungen)	2004 im Vergleich zu 1995 (= 100)	2004 im Vergleich zu 2000 (= 100)	2004 im Vergleich zu 2003 (= 100)
insgesamt	1893,74	2185,02	2273,44	2239,81	267,8	120,1	104,0
darin:							
im öffentlichen Dienst	1931,89	2266,31	2384,84	2222,14	304,3	123,4	105,2
Land- u. Forstwirtschaft, Jagdwesen	1711,82	1983,38	2133,76	2125,88	277,5	124,7	107,6
Fischerei	1355,23	1650,13	1612,17	1600,97	223,3	119,0	97,7
Industrie	1942,27	2206,47	2292,75	2286,31	245,5	117,9	103,9
darin:							
Bergbau	3210,05	3767,69	4062,42	4044,12	247,1	126,4	107,8
verarbeitende Industrie	1756,43	1980,73	2053,65	2049,58	254,5	117,0	103,7
Wasser-, Gas-, Stromerzeugung u. -versorgung	2562,91	2999,87	3145,20	3125,47	254,6	122,6	104,8
Bauwesen	1705,82	1810,14	1844,57	1841,09	249,6	108,1	101,9
Handel u. Reparatur ^(a)	1589,92	1831,34	1874,68	1873,07	264,4	118,0	102,4
Hotels u. Gastronomie	1301,49	1457,12	1473,04	1462,26	243,8	113,1	101,1
Transport, Lagerwirtschaft, Logistik	2144,35	2481,31	2539,88	2532,09	284,4	118,4	102,4
Finanzsektor	3257,70	3916,37	4096,58	4075,36	334,5	125,8	104,6

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von vorheriger Seite)

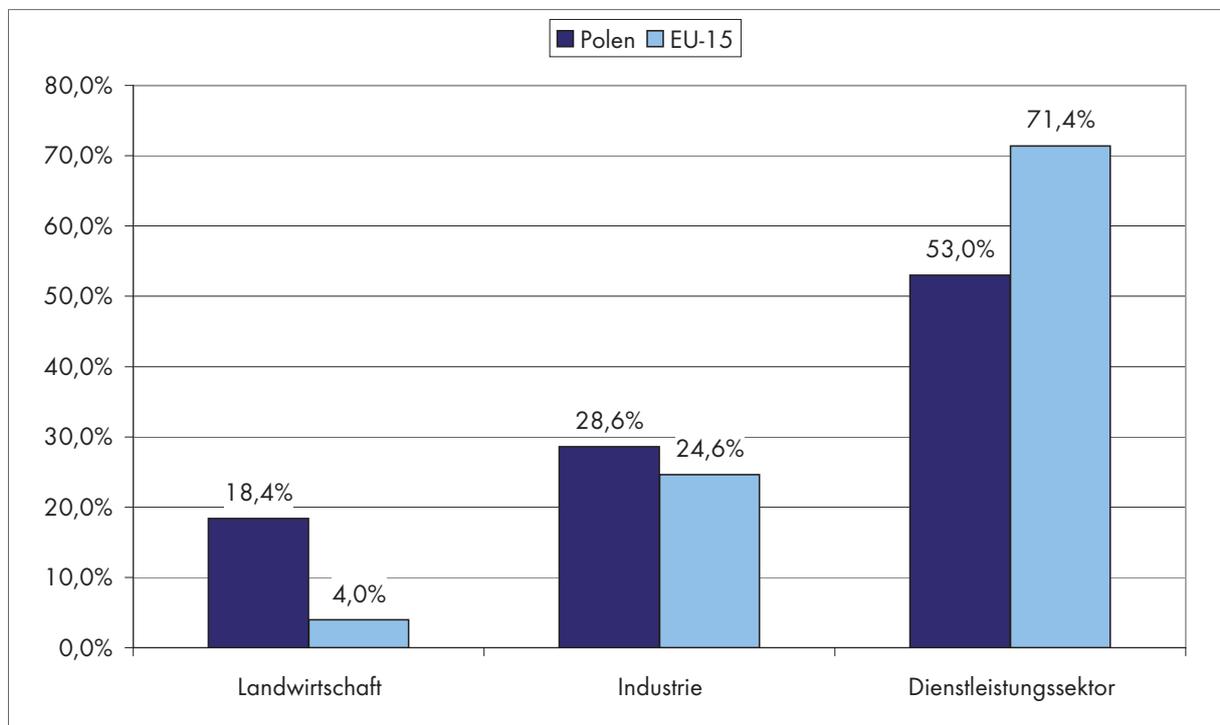
	2000 in Złoty	2003 in Złoty	2004 in Złoty	2004 in Złoty (ohne Sonderzah- lungen)	2004 im Vergleich zu 1995 (= 100)	2004 im Vergleich zu 2000 (= 100)	2004 im Vergleich zu 2003 (= 100)
Immobilien Sektor	2133,36	2279,12	2363,87	2345,67	261,2	110,8	103,7
Öffentliche Verwaltung und nationale Verteidi- gung, gesetzliche Sozial- u. Krankenversicherungen	2432,44	2788,12	2926,05	2749,09	281,0	120,3	104,9
Erziehung u. Bildung	1835,03	2195,17	2348,96	2224,55	309,0	128,1	107,0
Gesundheits- u. Sozial- wesen	1479,88	1804,31	1866,15	1838,04	264,7	126,0	103,4
Dienstleistungen im kom- munalen, sozialen und sonstigen Bereichen	1891,52	2165,41	2218,59	2188,71	280,1	117,4	102,5

(a) Groß- u. Einzelhandel; Reparatur von Kraftfahrzeugen, Krafträdern, Artikeln des persönlichen Gebrauchs und Haushaltsartikeln

Anm.: 100 Złoty entsprechen 26,32 Euro (Stand: 16.04.2007).

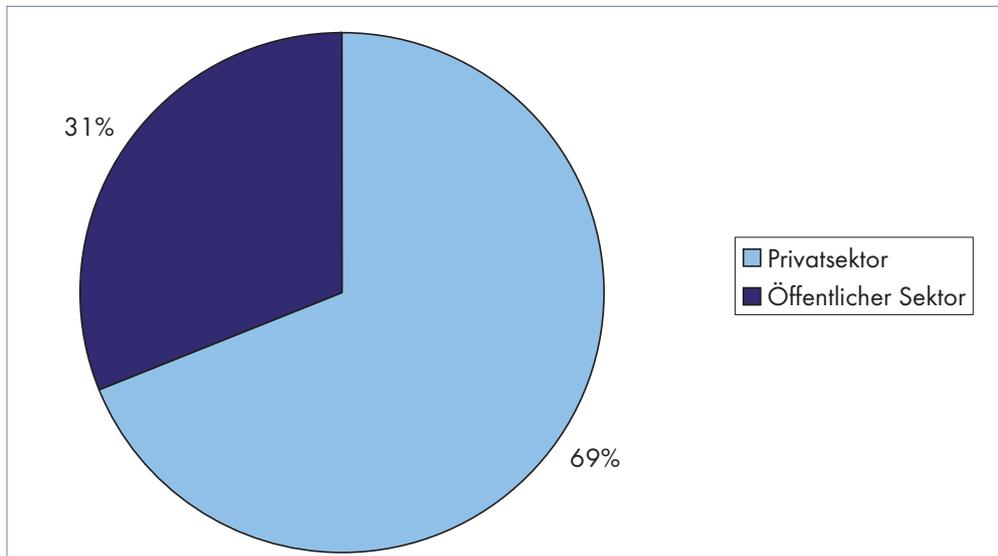
Quelle: Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2005: Wynagrodzenia. Przeciętne miesięczne wynagrodzenia brutto. [Statistisches Hauptamt: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2005: Das Einkommen. Das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen.]

Erwerbstätigkeit nach Branchen in Polen und der EU-15 im Jahr 2003



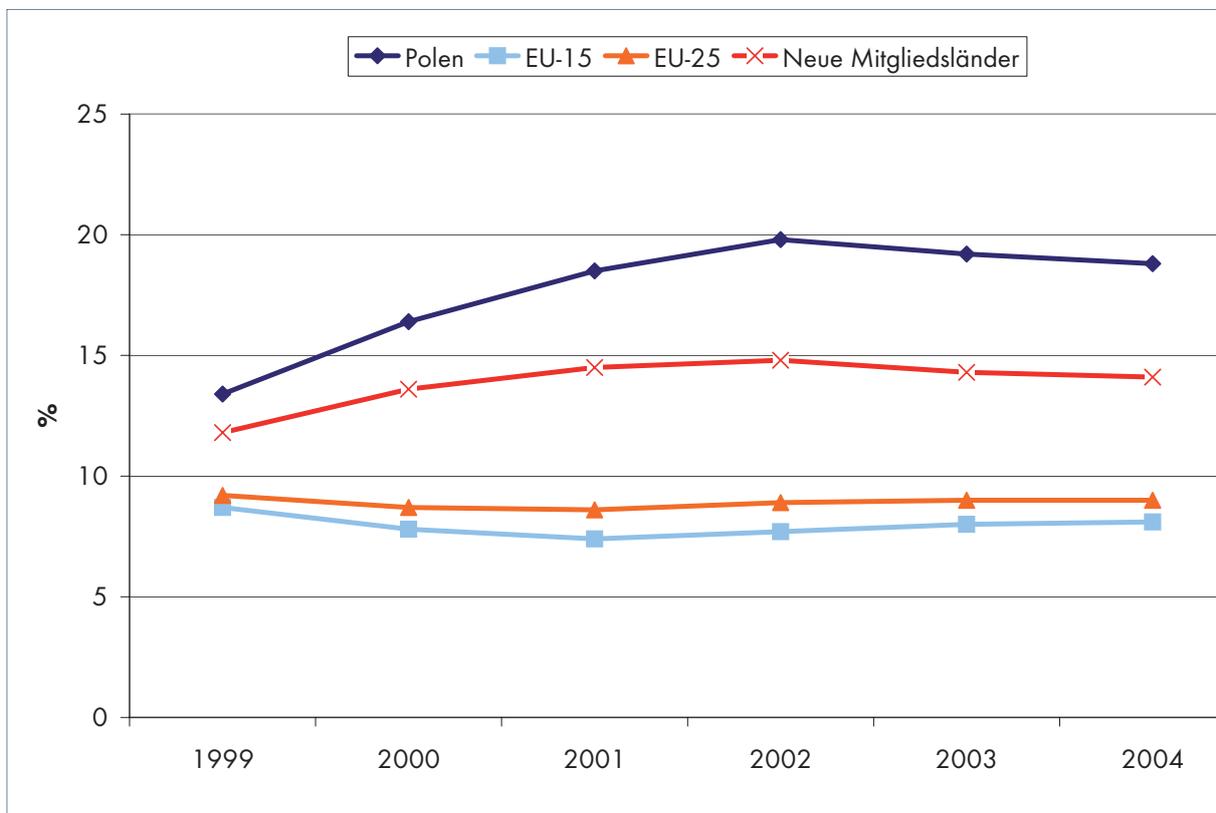
Quelle: Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik]
<http://www.mpips.gov.pl/index.php?gid=533>, letzte Änderung: 2007-04-12

Erwerbstätigkeit nach Arbeitgebern in Polen im Jahr 2004



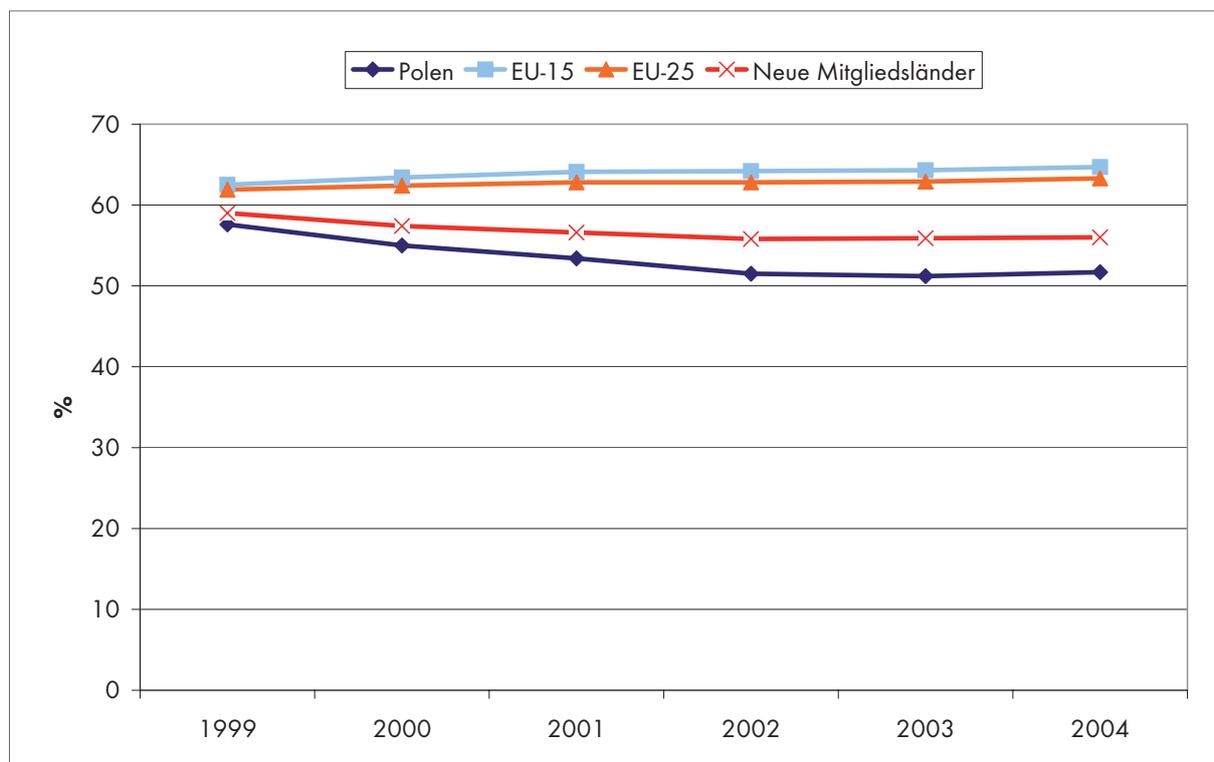
Quelle: Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik]
<http://www.mpips.gov.pl/index.php?gid=533>, letzte Änderung: 2007-04-12

Die Arbeitslosenquote in Polen und den Ländern der Europäischen Union 1999 – 2004



Quelle: Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik]
<http://www.mpips.gov.pl/index.php?gid=533>, letzte Änderung: 2007-04-12

Die Erwerbstätigenquote (15–64 Jahre) in Polen und den Ländern der Europäischen Union 1999 – 2004



Quelle: Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik]
<http://www.mpips.gov.pl/index.php?gid=533>, letzte Änderung: 2007-04-12

Die Arbeitslosen- und Erwerbstätigenquote in Polen und den Ländern der Europäischen Union 1999 – 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Arbeitslosenquote %						
Polen	13,4	16,4	18,5	19,8	19,2	18,8
EU-15	8,7	7,8	7,4	7,7	8,0	8,1
EU-25	9,2	8,7	8,6	8,9	9,0	9,0
Neue Mitgliedsländer	11,8	13,6	14,5	14,8	14,3	14,1
Erwerbstätigenquote (15–64 Jahre) %						
Polen	57,6	55,0	53,4	51,5	51,2	51,7
EU-15	62,5	63,4	64,1	64,2	64,3	64,7
EU-25	61,9	62,4	62,8	62,8	62,9	63,3
Neue Mitgliedsländer	59,0	57,4	56,6	55,8	55,9	56,0

Quelle: Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik]
<http://www.mpips.gov.pl/index.php?gid=533>, letzte Änderung: 2007-04-12

Erwerbstätigkeit in Polen

	1995	2003	2004
Bevölkerung in Tsd. über 15 Jahre	29106	30953	31123
Männer	13826	14748	14831
Frauen	15280	16205	16292
Erwerbstätige und Arbeitsuchende	17004	16946	17025
Männer	9200	9173	9245
Frauen	7804	7773	7780
Erwerbstätige	14771	13617	13795
Erwerbstätige Männer	8089	7432	7565
Erwerbstätige Frauen	6682	6185	6230
Arbeitslose (=Arbeitsuchende)	2233	3329	3230
Arbeitslose (=arbeitsuchende) Männer	1111	1741	1680
Arbeitslose (=arbeitsuchende) Frauen	1122	1588	1550
Nicht Erwerbstätige und nicht Arbeitsuchende	12102	14700	14098
Männer	4626	5575	5586
Frauen	7476	8432	8512

	1988	1995	2003	2004
Erwerbstätige und Arbeit-suchende %	65,3	58,4	54,7	54,7
Stadt	61,2	57,2	54,1	54,0
Land	71,8	60,5	55,8	56,0
Männer	74,3	66,5	62,2	62,3
Stadt	70,3	64,9	61,0	60,9
Land	80,4	69,1	64,1	64,6
Frauen	57,0	51,1	48,0	47,8
Stadt	53,2	50,5	48,1	47,9
Land	63,5	52,2	47,8	47,5

	1995	2003	2004
Beschäftigung in %	50,7	44,0	44,3
Stadt	49,3	42,9	43,3
Land	53,1	45,9	46,1
Männer	58,5	50,4	51,0
Stadt	56,7	48,7	49,2
Land	61,4	53,1	53,9
Frauen	43,7	38,2	38,2
Stadt	42,9	37,8	38,0
Land	45,2	38,9	38,6

Quellen: Główny Urząd Statystyczny:

Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1994: Aktywność zawodowa ludności. Rynek pracy. Warunki pracy. Aktywność zawodowa ludności w wieku 15 lat i więcej na podstawie spisów. [Statistisches Hauptamt: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 1994: Die erwerbstätige und arbeitsuchende Bevölkerung. Der Arbeitsmarkt. Arbeitsbedingungen. Die erwerbstätige und arbeitsuchende Bevölkerung ab dem 15. Lebensjahr auf Grundlage der Volkszählungen.]

Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2000: Rynek pracy. Aktywność ekonomiczna ludności w wieku 15 lat i więcej. [Statistisches Hauptamt: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2000: Der Arbeitsmarkt. Die erwerbstätige und arbeitsuchende Bevölkerung ab dem 15. Lebensjahr.]

Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2005: Rynek pracy. Aktywność ekonomiczna ludności w wieku 15 lat i więcej. [Statistisches Hauptamt: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2005: Der Arbeitsmarkt. Die erwerbstätige und arbeitsuchende Bevölkerung ab dem 15. Lebensjahr.]

Chronik

Vom 03. bis zum 16. April 2007

03.04.2007	Nach einem Telefonat mit dem estnischen Staatspräsidenten Toomas Hendrik Ilves teilt Staatspräsident Lech Kaczyński mit, dass beide Länder den prowestlichen Kurs der Ukraine unterstützen.
03.04.2007	Der Aufsichtsrat des polnischen Fernsehens (Telewizja Polska – TVP) wählt Andrzej Urbański zum Vorsitzenden des TVP, das er seit Februar kommissarisch geleitet hat. Urbański ist einer der engsten Mitarbeiter von Staatspräsident Lech Kaczyński.
04.04.2007	Polen und Estland sprechen sich für die Modernisierung des Atomkraftwerks Ignalina / Litauen aus, das ein gemeinsames Energieprojekt der baltischen Länder und Polens werden soll.
05.04.2007	Das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik teilt mit, dass die Arbeitslosenquote von 14,9 % im Februar 2007 auf 14,4 % im März 2007 gefallen ist.
05.04.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński erklärt die Bereitschaft Polens, zwischen den Konfliktparteien in der Ukraine zu vermitteln, wenn die Ukraine dies wünsche.
05.04.2007	Das Projekt von Staatspräsident Lech Kaczyński zur Novellierung des Mitte März in Kraft getretenen Lustrationsgesetzes ist dem Sejm zugeleitet worden. Es sieht vor, dass Geheimdienstmitarbeiter, die im Ausland arbeiteten oder arbeiten, keine öffentlich zugängliche Erklärung über eine evtl. Geheimdiensttätigkeit in der Volksrepublik Polen abgeben dürfen. Sie sind jedoch verpflichtet, dies ihrem Dienstherrn in einer geheimen Erklärung mitzuteilen, der wiederum den Ministerpräsidenten oder den Koordinator für Geheimdienstangelegenheiten informieren muss. Die betreffenden Namen sollen nicht in den Listen verzeichnet werden, die das Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej - IPN) veröffentlicht.
09.04.2007	Die mitregierende Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR) stellt einen Antrag, in der nächsten Sejm Sitzung über die Lage im Irak und die militärische Beteiligung Polens zu debattieren.
11.04.2007	Bei einem inoffiziellen Treffen der Staatspräsidenten von Deutschland, Finnland, Italien, Lettland, Österreich, Polen, Portugal und Ungarn in Riga spricht sich Staatspräsident Lech Kaczyński auf längere Sicht für den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union aus. Zum Europäischen Verfassungsvertrag äußert er sich dahingehend, dass der Text einiger Änderungen bedürfe; Polen sei bereit, daran mitzuwirken.
11.04.2007	Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) stellt ihren Gegenbericht zur Auflösung des Militärischen Geheimdienstes (Wojskowa Służba Informacyjna – WSI) vor, der sich kritisch mit dem Mitte Februar 2007 veröffentlichten Regierungsbericht auseinandersetzt. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen habe aufgrund der Umstände der Veröffentlichung Schaden erlitten. Die PO warnt davor, dass ausländische Geheimdienste den Regierungsbericht als Informationsquelle über die Tätigkeiten und die Agenten des polnischen Geheimdienstes nutzen können. Die PO sei nach wie vor für die Auflösung des WSI, in der Art und Weise, wie dies stattgefunden hat, habe es aber nicht die militärischen Geheimdienste reformiert, sondern zwei neue Gebilde geschaffen, deren Funktion nicht klar sei. Staatspräsident Lech Kaczyński weist die Kritik als Verteidigung der Pathologie der III. Republik zurück.
12.04.2007	Das im März in Kraft getretene Lustrationsgesetz, das u.a. die Überprüfung der Hochschullehrer auf Geheimdienstkontakte in der Volksrepublik vorsieht, ist das Thema einer Diskussion zwischen Vertretern von Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Staatspräsident Lech Kaczyński. Vertreter verschiedener Hochschulen hatten sich besorgt bis ablehnend zur vorgesehenen Art und Weise einer Überprüfung geäußert, die Lustration dieser Berufsgruppe aber nicht geschlossen und ausschließlich kritisiert. Staatspräsident Lech Kaczyński betont, nicht die Würde des Einzelnen sei durch das Gesetz bedroht, sondern die der Geheimdienstmitarbeiter.
13.04.2007	Die Gesetzesnovelle zum Lustrationsgesetz von Staatspräsident Lech Kaczyński, die dem Sejm am 05.04. zugeleitet worden ist, wird verabschiedet.
13.04.2007	Der Sejm stimmt gegen die von der Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR) eingebrachte Verfassungsänderung, den Schutz des Lebens mit dem Zeitpunkt der Empfängnis beginnen zu lassen. Sejm marschall Marek Jurek (Recht und Gerechtigkeit, Prawo i Sprawiedliwość – PiS), der Anhänger dieses Vorschlags ist, beantragt seinen Rücktritt.
14.04.2007	Marek Jurek, der am Vortag vom Amt des Sejm marschalls zurückgetreten ist, gibt seinen Austritt aus der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bekannt.
15.04.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński beginnt einen zweitägigen offiziellen Besuch in Georgien. Thema der Gespräche mit Staatspräsident Michail Saakaschwili wird u.a. die Diversifizierung von Energielieferungen nach Polen sein.
16.04.2007	Trotz Vermittlungsversuchen, die Ministerpräsident Jarosław Kaczyński veranlasst hat, bekräftigt Marek Jurek seine Entscheidung zum Rücktritt als Sejm marschall und zum Austritt aus der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS).

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München für ihre Unterstützung und der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen. Ziel der Vermittler Tätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de